

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Zivile Konfliktbearbeitung in der deutschen Bundespolitik: Wie viel wird wofür ausgegeben? Update 2019

Innengesellschaftlich wie international bedroht Gewalt nicht nur Menschenleben, sondern stellt letztlich unser aller Zukunft in Frage. In den letzten dreißig Jahren ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass militärische Gewalt keine Konflikte löst und keinen Raum für einen Interessenausgleich lässt. Die kurzzeitige Befriedung eines Konfliktes mit Waffengewalt führt in aller Regel zu seinem späteren Wiederausbruch – oftmals unter weit destruktiveren Vorzeichen. Doch die Politik stellt in aller Regel viel mehr Ressourcen für Militär und Krieg zur Verfügung als für die friedliche, zivile Beilegung von Konflikten.

Unter Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) verstehen wir die Bearbeitung von Konflikten ohne die Anwendung von militärischer oder anderer Gewalt und mit dem Ziel, eine Konflikttransformation zu erreichen, die die als berechtigt angesehenen Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt und zu einem nachhaltigen, friedlichen und gerechten Zusammenleben führt. In diesem Papier wollen wir zusammentragen, wie viele Ressourcen die deutsche Politik derzeit für die ZKB aufbringt.

Abrüstung, Rüstungskontrolle, Verzicht auf Waffenexporte u.v.m. sind wichtige außenpolitische Politikfelder, die zur Verhinderung von Gewalt und zur Deeskalation von Konflikten beitragen. Sie sind deshalb in dieser Übersicht mit aufgenommen.

ZKB und Gewaltprävention sind selbstverständlich wichtige Anliegen auch in der Innenpolitik, z.B. beim Engagement gegen Rechtsextremismus. In diesem Papier geht es uns allerdings primär um die außenpolitische Dimension der deutschen Politik.

Welche Maßnahmen werden mit welchen Beträgen finanziert?

Der Bundeshaushalt wird einmal jährlich vom Deut-

schen Bundestag jeweils für das Folgejahr verabschiedet und veröffentlicht.¹ Nach BSV-Recherchen stehen im Bundeshaushalt 2019 insgesamt knapp 5,3 Milliarden Euro für Abrüstung und ZKB im weitesten Sinne zur Verfügung. Dem gegenüber stehen rund 43,23 Milliarden Euro für den Einzelplan 14, also den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums. Damit gilt weiterhin: Selbst wenn wir den Begriff ZKB sehr weit auslegen und sogar über die Zahlen hinausgehen, die von den Bundesministerien selbst als konfliktrelevant markiert werden – für das Militärische wird fast zehnmal mehr ausgegeben als für alles, was der Abrüstung und der Zivilen Konfliktbearbeitung zugerechnet werden kann. Ein krasses Missverhältnis, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der deutschen Politiker*innen regelmäßig betont, dass Konflikte vorrangig zivil und eben nicht militärisch gelöst werden sollten.

¹ <https://www.bundeshaushalt-info.de/download.html>

Haushaltstitel und Ausgaben für Aufgaben, die der Zivilen Konfliktbearbeitung zugeordnet werden können, 2016-2019

Bezeichnung	Titel	2016 Jeweils in 1000 €	2017 Jeweils in 1000 €	2018 Jeweils in 1000 €	2019 Jeweils in 1000 €
Auswärtiges Amt (AA), Einzelplan (EP) 05					
Ad-hoc Strafgerichtshöfe	0501-687-10-3			Entfällt	
- Ex-Jugoslawien		6.777	2.810	0	-
- Ruanda		3.198	Entfällt	0	-
- IRMCT (Internat. Residualmechanismus der beiden oben genannten)		4.030		6.199	5.221
Internationale Konferenzen (Abrüstung)	0501-687 10-4	614	597	417	411
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	0501-687 14-22	17.500	26.300	24.803	24.803
Schiedshof in Den Haag	0501-687 14-22	56	56	56	56
Wassenaar Arrangement (Exportkontrollen von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien)	0501-687 14-22	168	150	150	150
Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW)	0501-687 14-17	6.700	5.000	5.000	4.400
Organisation über den umfassenden Nuklearen Teststoppvertrag	0501-687 14-18	3.852	2.700	2.343	2.343
Ständiger int. Strafgerichtshof	0501-687 14-24	15.005	15.755	15.755	16.267
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	0501-687 17-1	1.750	1.750	1.750	3.500
Hilfsfonds des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (UNHCR)	0501-687 17-3	8.000	12.000	12.000	24.000
Hilfsprogramm der VN für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA)	0501-687 17-4	8.000	9.000	9.000	18.000
Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (UNHCHR)	0501-687 17-5	5.000	5.000	6.000	6.000
Internationale Beobachtertruppe auf der Sinai-Halbinsel (MFO)	0501-687 17-6	470	470	470	470
Implementation Support Unit (ISU) für das Verbot von Antipersonenminen	0501-687 17-12	50	50	50	50
Hilfsfonds des UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)	0501-687 17-13	1.617	2.500	2.500	5.000
Anna-Lindh Euromedstiftung	0501-687 17-14	400	400	400	400
Allianz der Zivilisationen	0501-687 17-17	315	315	315	315
Global Forum on Migration and Development (GFMD)	0501-687 17-25	75	75	75	75
Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	0501-687 23-029	25.513	27.513	40.200	34.250

Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit	0501-687 27-029	30.000	30.000	30.000	30.000
Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung	0501-687 28-029	180.000	180.000	180.000	180.000
Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland (2017 mit Nachtragshaushalt 1,5 Milliarden)	0501-687 32-029	733.500	1.296.000	1.500.000	1.580.000
Unterstützung von int. Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das AA	0501-687 34-029	248.500	316.000	351.000	396.000
Zuwendungen an das Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF)	0502-685 22-165	10.000	10.022	15.049	15.225
Zuschüsse zu Vorhaben zur Förderung des europäischen Gedankens	0502-685 25-029	1.022	1.028	1.285	1.364
Mandatierte polizeiliche Friedensmissionen und bilaterale polizeiliche Auslandseinsätze in int. Krisengebieten	0625-532 04-042	8.131	10.631	10.631	10.361
Bundesministerium für Verteidigung (EP 14)					
Aufwendungen im Rahmen der nationalen Umsetzung des KSE-Vertrages und des Wiener Dokumentes einschließlich des Open-Skies-Vertrages sowie Chemiewaffenübereinkommens	1402-532 01-032	750	750	750	900
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (EP 17)					
Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie	1702-684 04-165	50.500	104.500	120.500	115.500
Stärkung der Zivilgesellschaft (Freiwilligendienste)	1703-684 11-290	322.602	310.602	323.602	383.102
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (EP 23)					
Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	02302-684 71-23	31.582	35.000	40.000	49.900
Förderung von Medien, Zugang zu Information und Meinungsfreiheit in Kooperationsländern	2301-687 05-023	19.200	16.200	30.000	30.000

Entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe (Ab 2016: Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur)	2301-687 06-023	400.000	500.000	710.000	800.000
Ziviler Friedensdienst	2302-687 72-023	42.000	45.000	45.000	55.000
Entwicklungspolitischer Austausch und Freiwilligendienst	2302-687 74-023	41.000	43.000	43.000	47.000
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere int. Einrichtungen und int. NRO's	2303-687 01-023	186.883	192.808	256.840	336.873
Sonderinitiativen: Eine Welt ohne Hunger, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren, Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost	2310-687 03	590.000	685.000	905.000	1.060.000
Bundesministerium für Forschung und Bildung (EP 30)					
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HFSK)	3003-632 50-5.3	1.813	2.137	2.220	2528
	Insgesamt	3.006.405	3.484.969	4.692.360	5.239.464

Weitere Erhöhungen im Verteidigungshaushalt geplant

Wie schon in den vergangenen Jahren, so soll laut Planungen der Bundesregierung auch 2020 und darüber hinaus der Verteidigungshaushalt schrittweise erhöht werden. Bis 2025 sollen rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht werden. Die NATO-Länder inkl. Deutschland haben sich langfristig sogar eine Erhöhung „in Richtung 2 %“ als Ziel gesetzt, wie beim NATO-Gipfel in Brüssel im Juli 2018 nochmals bekräftigt wurde. (Trump forderte übrigens auf dem gleichen Gipfel, dass die Europäer 4 % ausgeben müssten; 2% seien nicht genug.) Auch wenn die Neigung von Seiten vieler deutscher Politiker*innen, diesen Wünschen in vollem Umfang nachzukommen, vielleicht nicht groß ist: Die Zahlen sprechen für sich. 2016 betrug der Etat noch 35,1 Milliarden Euro, 2017 erhöhte er sich auf rund 37 Milliarden Euro, 2018 sind es 38,5 Milliarden Euro, 2019 43,2 Milliarden und 2020 sollen es nach Wunsch des Bundesverteidigungsministeriums schon rund 44,9 Milliarden sein – 1,37% des BIP. Bei diesen Erhöhungen geht es vor allem um Investitionen in die Beschaffung neuer Waffensysteme und Transportmittel (z.B. Drohnen, Raketenwerfer und Hercules-Transportflugzeuge).

Zur Besänftigung der Kritiker*innen vereinbarte die Große Koalition, auch die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wachsen zu lassen – 1:1 zum Anstieg des Rüstungshaushalts. Dementsprechend stieg deshalb dieses Jahr der Haushalt des Entwicklungsministeriums auf rund 10,2 Milliarden Euro. 2016 lag er noch bei rund 7,8 Milliarden Euro. Aber welche verkehrte Logik ist es, Militär und Rüstung gegen EZ aufzurechnen? Sollen sich die EZ-Organisationen über mehr Geld freuen, wenn gleichzeitig eines der größten Entwicklungshemmnisse, nämlich die weltweite Rüstung, befeuert wird? Fraglich ist auch, ob es für zivilgesellschaftliche EZ-Organisationen überhaupt mehr Geld gibt oder ob die Mehreinnahmen nicht allein in die staatliche Zusammenarbeit fließen.

Wie die massiven Mittel für Rüstung und Militär deutlich sinnvoller zivil eingesetzt werden könnten, zeigt das Beispiel Ziviles Peacekeeping: Der Jahreshaushalt der Nonviolent Peaceforce (NP) betrug im Jahr 2016 ca. 955.000 Euro bei 224 Angestellten. Eine zivile Friedensfachkraft bei NP kostet also, unter Einberechnung aller Kosten der Organisation für Verwaltung, Forschung usw., in einem Jahr ca. 52.000 Euro. Das bedeutet: Für „nur“ 6 Mio. Euro könnten mehr als 1.000 zivile Peacekeeper*innen finanziert werden, die gewaltfrei, nachhaltig und in enger Kooperation mit den Menschen vor Ort Frieden schaffen!

In unseren Augen bleibt die zentrale Forderung deshalb: Statt der Steigerung eine deutliche Kürzung des Verteidigungshaushalts, und gleichzeitig deutlich mehr Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung!